

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Annalena Baerbock, Harald Ebner, Steffi Lemke, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Christian Kühn (Tübingen), Peter Meiwald, Dr. Julia Verlinden und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Obstbauforschung in Deutschland

Weltweit vollziehen sich klimatische Veränderungen. Neben der allgemeinen Erwärmung nehmen die Anzahl der Witterungsextreme und deren Intensität zu. Das Auftreten von Hitzeperioden und länger anhaltenden Trockenphasen wird ebenso zur Regel wie extreme Kaltwetterphasen und Phasen mit weit überdurchschnittlichen Niederschlägen. Das bekommen auch die verschiedenen Obstgehölze zu spüren: sie sind Temperaturbereichen von ca. -30 °C bis +40 °C ausgesetzt. Damit wird bei der Mehrzahl der Sorten die ökologische Anbaugrenze überschritten. Es können sowohl Kälte- als auch Hitzeschäden auftreten. Die Verlängerung der Vegetationsdauer im Ergebnis der Klimaveränderungen in Deutschland um ca. 25 Tage pro Jahr bedeutet bei einer relativen Konstanz der Summe der Jahresniederschläge eine zusätzliche Belastung der Gehölze. Durch die Verlängerung der Vegetationsdauer fehlen Niederschläge, um die Bestände ausreichend mit Wasser versorgen zu können. Die Antwort auf viele Fragen des Überlebens von Kulturpflanzen in Zeiten der Klimakrise liegt in der Nutzung der genetischen Ressourcen, der standortangepassten Sorten, Gehölzunterlagen oder deren Sämlinge und in der verstärkten Forschung an klimaangepassten Anbaumethoden.

In vielen Teilen Deutschlands traten in Folge mehrerer Fröste und Kaltwetterphasen im April 2017 bei obstbaulichen Kulturen massive Schäden auf. Lokal wurden Temperaturen bis -6 °C registriert, in einigen Regionen ist mit Totalausfällen bei der Ernte zu rechnen. Mögliche Hilfen aus Steuermitteln für die Obstbauern sind im Gespräch. Die Landwirtschaftsminister der betroffenen Länder haben sich am 2. Mai 2017 dazu ausgetauscht und prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen ein Hilfsprogramm mit Landes- und Bundesmitteln möglich ist.

Laut Hilmar Schwärzel, dem Leiter der Obstbauversuchsstation Müncheberg, hätten die Bauern die starken Ernteeinbußen verhindern können – mit den richtigen Anbaumethoden (Potsdamer Neueste Nachrichten vom 23. Mai 2017). Vor mehr als 20 Jahren wurde Saatgut aus dem Sortengarten Müncheberg gewonnen und für die Anzucht widerstandsfähiger Sämlingspopulationen verwendet. Diese haben sich in extensiv gepflegten Pflanzungen sehr gut bewährt und zeigen eine höhere Anpassungsfähigkeit als veredelte Gehölze. Die Forschung an der Obstbauversuchsstation in Müncheberg steht jedoch Aussagen von lokalen Akteuren zufolge auf der Kippe. Von ehemals 16 Mitarbeitenden in den 1990er Jahren sind derzeit nur noch der Leiter und einige Forstarbeiter in der Station tätig. Die Eingruppierung der Obstbauversuchsstation als nachgeordnete Einrichtung des Landes Brandenburg in das „Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneueordnung“ erlaubt der Obstbauversuchsstation keine weiteren Projekte mehr, kritisiert die „Initiative zum Wiederaufbau der Obstbauversuchsstation“ (www.

wiederaufbau-obstbauversuchsanstalt.de/index.php/presse/14-pressemitteilung/30-kirschbluete-obstbauversuchsstation-muencheberg-trotzt-der-aktuellen-entwicklung).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Obstbaubetriebe sind nach Wissen der Bundesregierung in welchem Ausmaß von den Spätfrösten betroffen (bitte Anzahl und regionale Verteilung der geschädigten Obstbaubetriebe sowie Höhe der entstandenen Schäden nach Kulturen angeben)?
2. Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen den Frostergebnissen und dem Klimawandel, und stuft sie die Wetterereignisse ähnlich einer Naturkatastrophe ein, und wenn nein, warum nicht?
3. Welche Möglichkeiten zur Unterstützung der geschädigten Obstbaubetriebe diskutieren Bund und Länder, und welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um bundesweit finanzielle Hilfen bei Ernteaufschlägen zu ermöglichen?
4. Ist die Bundesregierung in Gesprächen mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank, das Liquiditätshilfeprogramm für alle frostgeschädigten Betriebe zu öffnen?
Wenn ja, wann und unter welchen Voraussetzungen können Obstbauern Liquiditätshilfen beantragen, und wenn nein, warum nicht?
5. Welche Soforthilfen sind nach Einschätzung der Bundesregierung außerdem möglich?
6. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Obstforschung im Hinblick auf Biodiversität und wirtschaftliche Entwicklung in den Anbauregionen bei?
7. Welche bundeseigenen Institute befassen sich an welchen Standorten mit der Obstbauforschung (bitte auflisten), und welche Schwerpunkte haben diese jeweils?
8. Welche Institute in der Verantwortung der Bundesländer befassen sich nach Kenntnis der Bundesregierung an welchen Standorten mit der Obstbauforschung (bitte auflisten), und welche Schwerpunkte haben diese jeweils?
9. An welchen Standorten und in der Verantwortung welcher Institutionen werden in der Bundesrepublik Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung obstgenetische Ressourcen gesichert?
10. Welches Potential zur Abwendung von Klimafolgen misst die Bundesregierung der Obstbauforschung zu, und wie unterstützt die Bundesregierung die Erarbeitung von welchen langfristigen Strategien zur Schadensbeschränkung im Obstbau?
11. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Obstbauversuchsstation in Müncheberg zu?
12. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der aktuellen Entwicklung der Obstbauversuchsstation in Müncheberg?
13. Sind derzeit bundeseigene Institute an der Obstforschung am Standort Müncheberg beteiligt (wenn ja, bitte auflisten, und wenn nein, bitte begründen)?
14. Gibt es Interessenbekundungen von bundeseigenen Instituten, mit der Obstbauversuchsstation in Müncheberg kooperieren zu wollen?

15. Plant die Bundesregierung selbst bzw. über bundeseigene Institute, sich an der Obstbauversuchsstation in Müncheberg zu beteiligen, und wenn ja, in welcher Form, und was ist der Stand der Umsetzung, und wenn nein, warum nicht?
16. Welche Umstände und Schritte sind nötig, damit der Bund oder bundeseigene Institute sich an der Obstbauversuchsstation in Müncheberg beteiligen?

Berlin, den 30. Mai 2017

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

